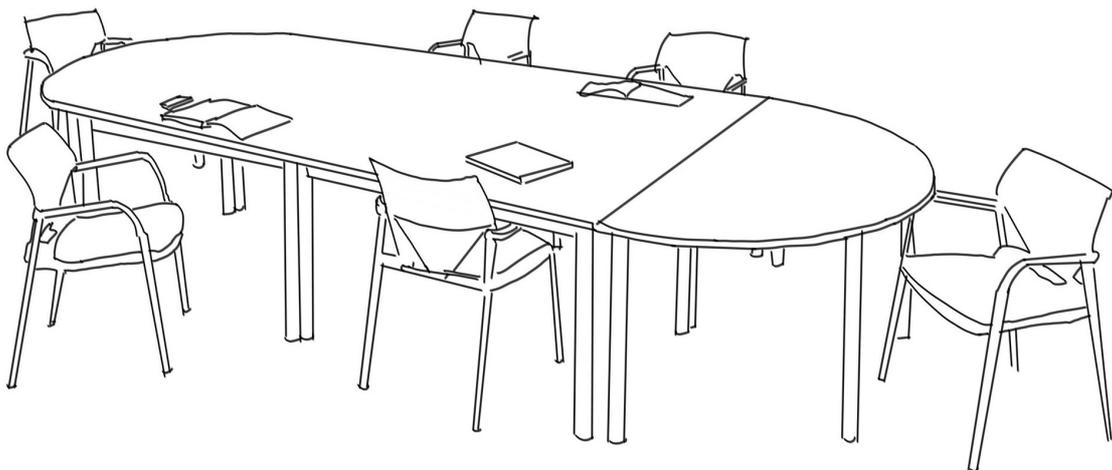


wir melden uns erholt aus der Sommerpause zurück.

Im kommenden Monat ist es auch schon wieder soweit: Wir veranstalten unser jährliches Block-Bachelor-Seminar "New Venture Creation: Unternehmensgründung und Unternehmensnachfolge." Aktuell sind wir auf der Suche nach ein paar Gasteferent*innen, die Lust haben, ca. 15 min zwanglos über ihre Erfahrungen als Gründer*innen/ Unternehmer*innen zu sprechen und im Anschluss im Rahmen einer Fragerunde (ca. 30-60 min) mit den Studierenden in Austausch zu treten.

Das Seminar wird am 22. & 23.10.2021 von 10.00-18.00 Uhr über Zoom stattfinden. Wir rechnen mit ca. 15 Teilnehmer*innen, von denen ein Großteil selbst gründen möchten und die daher sehr interessiert sind an lebensnahen Einblicken in die Welt der Unternehmensgründung und -führung.

Wer zum genannten Datum Zeit hat und bereit ist, seine Erfahrungen mit engagierten Bachelorstudierenden zu teilen, kann sich gerne bei uns per E-Mail melden. Wir freuen uns über Zuschriften. (Und denjenigen, die in den letzten Jahren teilgenommen haben, danken wir hier auch noch einmal sehr herzlich!)



FÜR UNTERNEHMER*INNEN

E-Commerce

E-Commerce spielt für viele Unternehmen eine immer wichtigere Rolle. Schon seit längerem hat der Gesetzgeber sehr strenge Verbraucher schützende

Regeln gesetzlich verankert. Diese enthalten zahlreiche Hinweis- und Informationspflichten, die gegenüber Verbrauchern erfüllt werden müssen. Auch hinsichtlich der seit Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) gibt es zahlreiche Informations-, aber auch Organisationspflichten zu beachten. Die unten verlinkten DATEV-Mandanteninformation erläutert die wichtigsten rechtlichen „Spielregeln“ für den Betrieb eines Onlineshops. Mithilfe dieser Rechtstipps können Abmahnungen und Streit mit Kunden vermieden werden.

Mandanten-Info "E-Commerce - Rechtstipps für den Onlineshop "

In eigener Sache: Zukünftig Abrechnung der Reisekosten über die Lohnabrechnung statt über die Finanzbuchführung

In Zukunft werden wir den Verpflegungsmehraufwand (VMA) und das Kilometergeld im Rahmen von Reisekostenabrechnungen nicht mehr wie bisher ausschließlich über die Finanzbuchhaltung abrechnen, sondern über die Lohnbuchhaltung laufen lassen. Der Grund für das veränderte Vorgehen liegt in der illegitimen Möglichkeit zur Mehrfachabrechnung (Mitarbeiter erhält Kilometergeld/VMA vom Arbeitgeber erstattet und gibt diese Reise zusätzlich noch einmal als nicht vom AG vergütete Reise in seiner privaten Steuererklärung an). Kommt eine solche Mehrfachabrechnung etwa im Zuge einer Lohnsteuer-Außenprüfung zu Tage, ist mit Bußgeldern/ Nachzahlungen zu rechnen. Der zusätzliche Aufwand verteuert die Lohnbuchführung nicht, weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber entstehen dadurch steuerliche Nachteile.

Wir bitten daher, uns für das Jahr 2021 die Reisekosten für jeweiligen Arbeitnehmer bis zum 06.12.2021 gesammelt mitzuteilen.

Ab Januar 2022 sind uns diese dann **monatlich** bis spätestens den **15. des Folgemonats** mitzuteilen, damit die Abrechnung Reisekosten über die Lohnabrechnung fristgerecht möglich ist.

Zur Erinnerung noch einmal die grundsätzlichen Fristen: soweit nicht individuell anders vereinbart gelten folgende Fristen zur Einreichung Unterlagen:

Lohn: 15. des Monats
Fibu: 20. des Folgemonats

Sollten diese Fristen versäumen, können wir eine fristgerechte Abarbeitung der Aufträge nicht garantieren und mit **Verspätungs- und Säumniszuschlägen** rechnen.

Staatliche Corona-Hilfen: Wie sich mögliche Rückzahlungsforderungen vermeiden lassen

Im Zuge der Corona-Pandemie erhielten betroffene Unternehmen und Selbstständige finanzielle Unterstützung mittels unterschiedlicher staatlicher Finanzhilfen. Erfolgte die Bewilligung jedoch grundlos oder unter falschen Voraussetzungen, ist das Unternehmen zur (Teil-)Rückzahlung verpflichtet. Ob ein Anspruch auf die Hilfen vorlag, wird nun zunehmend staatlich geprüft. Voraussichtlich erfolgen die Prüfungen spätestens jedoch mit Abgabe der Steuererklärung 2020 und Folgejahre, im Rahmen derer Nachweise für die Berechtigung des Erhalts der jeweiligen Hilfen erbracht werden müssen.

Um auch noch zu einem späteren Zeitpunkt genau nachweisen zu können, wann, aus welchem Grund und in welchem Umfang Liquiditätsengpässe vorlagen, ist daher eine detaillierte Dokumentation der finanziellen Entwicklung des Unternehmens empfehlenswert. Dies gilt für alle diejenigen, die Soforthilfen, Überbrückungshilfen oder andere finanzielle Erleichterungen wie Herabsetzung steuerlicher Abschlagszahlungen oder Stundungen von Sozialversicherungsbeiträgen beantragt haben. Die Dokumentation sollte am besten rückwirkend ab März 2020 erstellt werden, damit sich etwaige unberechtigte Rückforderungen der Behörde leicht widerlegen lassen.

Formale oder strukturelle Anforderungen an einen Nachweis gibt es dabei nicht, wichtig ist nur, dass sämtliche maßgeblichen Zahlungen und Maßnahmen, die zur Schadensbegrenzung eingeleitet wurden, ersichtlich sind. Für die Dokumentation kann die [Kopiervorlage](#) von Lexware verwendet werden. Die Abschnitte III und IV sollten möglichst wöchentlich ausgefüllt werden, am besten bis etwa zwei Monate nachdem man die letzten Hilfen erhalten hat. In der Regel ist es ausreichend, die Dokumentation für den Zeitraum zu erstellen, in welchem die Beantragung der Hilfen erfolgte und die größten Liquiditätsengpässe entstanden sind.

Hinweis: Unternehmen, die unberechtigt Hilfen beantragt haben wie etwa solche, die schon vor März 2020 in finanziellen Schwierigkeiten waren, ist eine freiwillige Rückzahlung anzuraten, um Konsequenzen wie Bußgelder oder Strafzinsen zu vermeiden.

Weitere Informationen unter: www.lexware.de

Überbrückungshilfe III Plus und Neustarthilfe Plus sind gestartet

Die Antragstellung für die Überbrückungshilfe III Plus ist jetzt möglich. Mit der Überbrückungshilfe III Plus unterstützt die Bundesregierung auch weiterhin von der Corona-Pandemie betroffene Unternehmen, Soloselbstständige und Freiberufler aller Branchen für den Förderzeitraum Juli bis September 2021. Die Bedingungen entsprechen weitgehend der Überbrückungshilfe III.

Neu ist bei der **Überbrückungshilfe III Plus** Folgendes:

- Unternehmen, die im Zuge der Wiedereröffnung Personal aus der Kurzarbeit zurückholen, neu einstellen oder anderweitig die Beschäftigung erhöhen, können alternativ zur allgemeinen Personalkostenpauschale eine Personalkostenhilfe („Restart-Prämie“) als Zuschuss zu den dadurch steigenden Personalkosten erhalten.
- Unternehmen wird es künftig erleichtert, durch gezielte Stabilisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen eine Insolvenz zu vermeiden. Ersetzt werden Gerichtskosten von bis zu 20.000,00 € pro Monat für die insolvenzabwendende Restrukturierung von Unternehmen in einer drohenden Zahlungsunfähigkeit.

Zudem wurde die Neustarthilfe erweitert und verbessert:

Mit dem neuen Programm **Neustarthilfe Plus** werden weiterhin Soloselbstständige, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, unständig Beschäftigte sowie kurz befristete Beschäftigte in den Darstellenden Künsten bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für den Förderzeitraum Juli bis September 2021 unterstützt.

Dazu wurde der Vorschuss (Betriebskostenpauschale) auf maximal 4.500,00 € für Soloselbstständige und Ein-Personen-Kapitalgesellschaften und auf bis zu 18.000,00 € für Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften und Genossenschaften im gesamten Bezugszeitraum erhöht.

Die **Überbrückungshilfe III Plus** kann auch weiterhin nur über einen **prüfenden Dritten** beantragt werden. Die **Neustarthilfe Plus** kann zunächst nur per **Direktantrag im eigenen Namen** beantragt werden. Wenn Sie einen Antrag über uns stellen möchten, setzen Sie sich bitte möglichst umgehend mit uns in Verbindung.

Die Antragsfrist für beide Programme endet am 31.10.2021.

Weitere Informationen unter: www.überbrückungshilfe-unternehmen.de

Antragstellung für die Soforthilfe X 2.0 für gemeinnützige Vereine und Organisationen ist gestartet

Seit dem 23. August, können Vereine und Organisationen, die durch die Corona-Pandemie in eine existenzbedrohende Notlage geraten sind, die Soforthilfe X 2.0 (Ehrenamts- und Vereinshilfen) beantragen. Die Höhe des Zuschusses kann bis zu 20.000 EUR betragen. Je nach Verfügbarkeit von Fördermitteln sind im Einzelfall auch höhere Fördersummen möglich, wenn eine Tiefenprüfung den höheren Bedarf bestätigt und die Antragsbedingungen erfüllt sind. Die Antragstellung selbst ist nur auf der Website der IBB möglich.

Die Soforthilfe X 2.0 ist nachrangig zur Überbrückungshilfe III/ Überbrückungshilfe III Plus des Bundes zu verwenden. Organisationen, für die eine Beantragung der Überbrückungshilfe III/ Überbrückungshilfe III Plus in

Frage kommen, können [auf der Website der zuständigen Bundesministerien](#) einen entsprechenden Antrag stellen.

Weitere Informationen zu den Antragsbedingungen und Antragsberechtigten unter: www.ibb.de

WICHTIG: Pflicht zur Eintragung ins Transparenzregister seit 1.8.2021

Wie wir bereits im Juni-Newsletter berichteten, sind mit den zum 1. August 2021 in Kraft getretenen Änderungen des Geldwäschegesetzes (Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz) alle juristischen Personen des Privatrechts und eingetragenen Personengesellschaften zur Mitteilung an das Transparenzregister verpflichtet. Durch die erfolgten Änderungen **genügt es nicht mehr**, dass die Angaben zum wirtschaftlichen Berechtigten bereits in anderen öffentlichen Registern insbesondere dem Handelsregister enthalten und dort elektronisch abrufbar sind. Stattdessen sind die folgenden Angaben zum wirtschaftlichen Berechtigten nun aktiv in das Transparenzregister einzutragen und aktuell zu halten:

1. Vor- und Nachname,
2. Geburtsdatum,
3. Wohnort,
4. Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses sowie
5. Alle Staatsangehörigkeiten

Für die Meldung sind jedoch Übergangsfristen vorgesehen:

- Aktiengesellschaft, SE, Kommanditgesellschaft auf Aktien: spätestens bis zum 31. März 2022,
- GmbH, Partnerschaftsgesellschaft, Genossenschaft, Europäische Genossenschaft: spätestens bis zum 30. Juni 2022,
- in allen anderen Fällen: bis spätestens zum 31. Dezember 2022.

Die Eintragungen in das Transparenzregister sind elektronisch unter www.transparenzregister.de vorzunehmen. Die Eintragung ist kostenlos. Wir führen diese Eintragungen nicht für Sie durch. Bitte werden Sie hier selbst tätig.

Bei Kapitalerhöhung zu beachten: Es gibt "echte" und "unechte" Kapitalerhöhungskosten

Die, die bereits größere Finanzierungsrunden hinter sich haben, wissen dies: Im Rahmen von Kapitalerhöhungen bei einer Kapitalgesellschaft entstehen zum Teil **sehr hohe Kosten** für die Ausarbeitung von Verträgen, die notarielle Beurkundung, die Handelsregistereintragung, usw. Für die steuerliche Einordnung der anlässlich einer Kapitalerhöhung anfallenden Kosten gilt das **Veranlassungsprinzip**. Das heißt, die Aufwendungen müssen objektiv in

Zusammenhang mit der Einnahmenerzielung stehen und subjektiv zur Förderung der Einnahmenerzielung getätigt worden sein. Kosten, die mit der eigentlichen Kapitalerhöhung in Zusammenhang stehen, also der Kapitalbeschaffung dienen, stellen somit richtige Kosten dar, sie gehören zu den "echten Kapitalkosten", die es unbedingt von den unechten Kapitalkosten zu unterscheiden gilt. Zu den **echten Kapitalerhöhungskosten** zählen mitunter Beurkundungs- und Eintragungskosten **in Bezug auf die Erhöhung des Nennkapitals**, also Kosten, die sich auf den Kapitalerhebungsbeschluss beziehen, die Kosten der Veröffentlichung der Satzungsänderung und die Steuer- und Rechtsberatungskosten, die unmittelbar mit dem Kapitalerhebungsvorgang in Zusammenhang stehen. Beurkundungs- und Eintragungskosten **in Bezug auf die neuen Gesellschaftsanteile** wie beispielsweise Notarkosten, die **durch die Regelungen der Gesellschafter untereinander** verursacht sind, sind hingegen von den Gesellschaftern zu tragen. Diese zählen nach Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes zu den **unechten Kapitalerhöhungskosten** und sind somit als verdeckte Gewinnausschüttung zu behandeln, wenn sie beim Startup als Aufwand gebucht werden. Merke: Wenn das Startup von den Investoren aufgefordert wird, die Notar- und Rechtsanwaltskosten zu übernehmen, dann sind diese **Kosten auf Seiten des Startups NICHT abziehbar und die Vorsteuer ist NICHT erstattungsfähig**, um eine verdeckte Gewinnausschüttung zu verhindern.

Grundlage bilden die BFH-Urteile vom [19.01.2000](#) und [17.05.2000](#)

"Ideas Powered for Business"-Fonds - EU-Förderprogramm für KMU

Vom 1. bis 30. September 2021 besteht die **letzte Möglichkeit** für die Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des KMU-Fonds des EU IPO (Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum). KMU sollen mit dem Programm dabei unterstützt werden, ihre Strategien im Bereich der Rechte des geistigen Eigentums zu entwickeln und diese Rechte schützen zu können – auf regionaler, nationaler oder EU-Ebene.

Die Fördermittel werden **nach der Reihenfolge der eingehenden Anträge** vergeben. Handeln Sie deshalb zügig und verpassen Sie nicht Ihre Chance, **Förderungsgelder von bis zu 1.500 EUR pro Unternehmen** zu erhalten für:

- eine Vorabdiagnose – IP-Scan – Ihrer geistigen Eigentumsrechte (IP)
- Anmeldegebühren für Marken und Designs.

Der KMU-Fonds richtet sich gezielt an kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz in den 27 EU-Mitgliedstaaten.

Bei der Antragstellung ist folgende Reihenfolge zu beachten:

- Antrag stellen unter euiipo.europa.eu
- Finanzhilfebeschluss des EU IPO abwarten
- Marke bzw. Design anmelden bzw. IP-Scan-Termin durchführen
- Erstattungsantrag einreichen.

Zur Checkliste für Antragstellende geht es [hier](#).

FÜR GRÜNDER*INNEN

Crowdfunding in Zeiten von COVID 19

In Kooperation mit den Forscher*innen des Team Crowd Innovation@Fraunhofer untersuchte das Fachgebiet Entrepreneurship der TU Darmstadt die Eignung von Crowdfunding als Finanzinstrument in der Krise. Mit Unterstützung des Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie IMW wurden die Forschungsergebnisse nun in der veröffentlichten Publikation gebündelt.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums vom 8. Juli 2020 bis zum 17. August 2020 wurden 98 deutsche Crowdfunding- Plattformen mit online einsehbaren Kampagnen-Beschreibungen und mit Bezug zu COVID-19 analysiert. Darüber hinaus bietet die Studie detaillierte Einblicke in erfolgreiche Crowdfunding-Kampagnen, in die Profile der Initiator*innen und vieles mehr.

Die Studie ist [hier](#) abrufbar.

KfW-Gründungsmonitor 2021

Durch die Corona-Krise ist die Gründungstätigkeit in Deutschland 2020 zurückgegangen. Die Zahl der Existenzgründungen ist auf 537.000 gesunken, im Vollerwerb auf einen neuen Tiefpunkt. Gründerinnen und Gründer machten sich 2020 häufiger selbstständig, um eine sich bietende Geschäftsgelegenheit wahrzunehmen. Die Anzahl an Chancengründungen blieb somit relativ stabil. Die Corona-Krise hat branchenbedingt insbesondere selbstständige Frauen stark belastet. Die Zahl der Gründerinnen insgesamt ging aber nur leicht zurück. Gründungsinteressierte Frauen haben sich wohl schneller auf die neuen Krisenbedingungen eingestellt und letztlich ihre Gründungspläne häufiger doch realisiert als Männer. Dies sind einige der Ergebnisse des [KfW-Gründungsmonitors 2021](#).

Weitere Informationen unter: www.kfw.de

FÜR STEUERMANDANT*INNEN

Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen mit jährlich 6% ab 2014 verfassungswidrig

Mit dem am 18. August 2021 veröffentlichtem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen verfassungswidrig ist, soweit der Zinsberechnung für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2014 ein Zinssatz von monatlich 0,5 % zugrunde gelegt wird.

Die Zinsregelung betrifft Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen-, Umsatz- oder Gewerbesteuer und gilt sowohl für Steuernachforderungen als auch Steuererstattungen. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts stellt die Verzinsung von Steuernachforderungen mit einem Zinssatz von monatlich 0,5 % nach Ablauf einer zinsfreien Karenzzeit von grundsätzlich 15 Monaten eine Ungleichbehandlung von Steuerschuldnern, deren Steuer erst nach Ablauf der Karenzzeit festgesetzt wird, gegenüber Steuerschuldnern, deren Steuer bereits innerhalb der Karenzzeit endgültig festgesetzt wird, dar. Diese Ungleichbehandlung erweist sich für in die Jahre 2010 bis 2013 fallende Verzinsungszeiträume noch als verfassungsgemäß, für in das Jahr 2014 fallende Verzinsungszeiträume dagegen als verfassungswidrig (Art. 3 Abs. 1 GG).

Bei Einführung des Zinssatzes von monatlich 0,5 % habe dieser noch etwa den maßstabsrelevanten Verhältnissen am Geld- und Kapitalmarkt entsprochen. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 habe sich jedoch ein strukturelles Niedrigzinsniveau entwickelt, das nicht mehr Ausdruck üblicher Zinsschwankungen sei. Spätestens seit dem Jahr 2014 erweise sich der Zinssatz als realitätsfern, so das Bundesverfassungsgericht.

Das bisherige Recht sei für bis einschließlich in das Jahr 2018 fallende Verzinsungszeiträume weiter anwendbar. Für ab in das Jahr 2019 fallende Verzinsungszeiträume sind die Vorschriften dagegen unanwendbar.

Weitere Informationen unter: www.bundesverfassungsgericht.de

Photovoltaik-Anlagen: Steuer-Vereinfachung lohnenswert?

Wer mit einer Photovoltaik-Anlage oder mit einem Blockheizkraftwerk Strom erzeugt und diesen in das öffentliche Netz einspeist, muss die Einkünfte in der Einkommensteuererklärung angeben. Gerade in der Anfangszeit fallen aber meist Verluste an. Deshalb verlangt das Finanzamt eine Prognose, ob mit der Anlage überhaupt Gewinn erzielt werden kann. Häufig unterstellt das Finanzamt eine steuerlich unbeachtliche Liebhaberei und will die Verluste aus der Photovoltaik-Anlage nicht anerkennen.

Wer sich als Hauseigentümer den Aufwand sparen und seinen Gewinn nicht versteuern möchte oder aber an einer Verlustverrechnung nicht interessiert ist, kann seit Juni 2021 direkt beim Finanzamt beantragen, dass ein Liebhabereibetrieb vorliegt. Steuerzahler müssen dann für ihre Photovoltaik-Anlage keine Einnahmen-Überschuss-Rechnung mehr abgeben, und die Einkünfte aus dem Verkauf des Stroms werden nicht besteuert.

Voraussetzungen dafür sind, dass die Leistung der Anlage nicht mehr als 10 Kilowatt beträgt, sie nach dem 31. Dezember 2003 erstmalig in Betrieb genommen wurde und sie auf einem selbstbewohnten Ein- oder Zweifamilienhaus installiert ist. Die Regelung gilt auch für kleine Blockheizkraftwerke mit einer elektrischen Leistung bis 2,5 Kilowatt.

Wenn die Anlage schon länger in Betrieb ist und bisher Verluste vom Finanzamt anerkannt wurden, ist allerdings Vorsicht geboten. Wenn die Einkommensteuerbescheide aus den Vorjahren unter dem Vorbehalt der Nachprüfung stehen oder die Gewinnerzielungsabsicht nur vorläufig anerkannt worden ist, sind die alten Bescheide noch änderbar.

Wenn dann die Steuerbefreiung beantragt wird, kann es für die Vorjahre zu Steuernachzahlungen und Zinsen kommen, weil angenommen wird, dass die Photovoltaik-Anlage von Anfang an ohne Gewinnerzielungsabsicht betrieben worden ist. Wer die Vereinfachungsregel für seine schon bestehende Anlage nutzen möchte, sollte deshalb vorab prüfen, ob sich die Anwendung der neuen Vereinfachungsregel finanziell lohnt oder nicht.

Dieses und viele weitere Themen sind in den DATEV-Monatsinformation Juli bis September (s. unten) enthalten.

DATEV-Monatsinformation

Die DATEV-Monatsinformation weiter unten als Link. Die Themen der Septemбераusgabe sind:

Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung von Schäden durch Unwetter mit Hochwasser +++ Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen mit jährlich 6 % ab 2014 verfassungswidrig +++ Spenden anlässlich der Hochwasserkatastrophe - Erleichterter Nachweis +++ Photovoltaik-Anlagen: Steuer-Vereinfachung lohnenswert? +++ Kein Abzug von Kindergartenbeiträgen in Höhe steuerfrei gezahlter Arbeitgeberzuschüsse in der Einkommensteuererklärung +++ Arbeitslohn anlässlich von Betriebsveranstaltungen +++ Keine Besteuerung des auf das häusliche Arbeitszimmer entfallenden Veräußerungsgewinns bei Verkauf einer selbstgenutzten Immobilie

**+++ Ermäßigte Besteuerung von zusätzlich gezahlter Abfindung nach
Wahrnehmung einer sog. Sprinterklausel +++ Corona-Quarantäne
schließt Entgeltfortzahlung nicht aus**

Monatsinformation 09/2021 als PDF aufrufen

Monatsinformation 08/2021 als PDF aufrufen

Monatsinformation 07/2021 als PDF aufrufen



Copyright © 2021 Prof. Jacobsen Steuerberatungsgesellschaft mbH, All rights reserved.

Want to change how you receive these emails?
You can [update your preferences](#) or [unsubscribe from this list](#).

